

II. Antragsgegenstand ^{*)}

1. Projekt zur Umsetzung der Regionalen Entwicklungsstrategie

- 1.1 investives bzw. nichtinvestives Vorhaben zur Umsetzung der Regionalen Entwicklungsstrategie
- 1.2 Umbrella-Projekt
- 1.3 Kleinprojekt

2. Kooperationsprojekt zur Umsetzung der Regionalen Entwicklungsstrategie

- 2.1 Anbahnung
- 2.2 transnationales Projekt
- 2.3 gebietsübergreifendes Projekt

3. Verwaltung und Sensibilisierung

- 3.1 Sachausgaben
- 3.2 Ausgaben für Sensibilisierung
- 3.3 Ausgaben für Regionalmanagement

Bezeichnung des Vorhabens:		
Projektadresse:		
Ortsteil:		
Realisierungszeitraum:	vom	bis
Mit dem Vorhaben werden Bruttoarbeitsplätze geschaffen:	<input type="checkbox"/> ja Anzahl: <input type="checkbox"/> nein	
Im Zuge des Vorhabens werden Schulungen durchgeführt:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

2. Projektbeschreibung (ggf. auf gesondertem Blatt)

--

^{*)} bitte ausfüllen bzw. Zutreffendes ankreuzen

III. Finanzierungsplan

1. geplante Gesamtausgaben		
– abzüglich Leistungen Dritter		
– abzüglich nicht zuwendungsfähiger Leistungen		
– abzüglich Einnahmen während der Durchführung des Vorhabens (nur bei zuwendungsfähigen Ausgaben über 50.000 € und nicht bei De-minimis-Beihilfen)		
2. voraussichtlich zuwendungsfähige Ausgaben		
davon unbare Eigenleistungen als Sachausgaben (nur bei Kleinprojekten; Erläuterungen als Anlage beigefügt)		
3. beantragter Zuschuss zur Deckung der voraussichtlich zuwendungsfähigen Ausgaben (Bei Kleinprojekten darf der Zuschuss die zuwendungsfähigen Ausgaben abzüglich der unbaren Eigenleistungen nicht übersteigen)		
davon im Jahr:	20...	
	20...	
	20...	
4. die Eigenmittel zu den voraussichtlich zuwendungsfähigen Ausgaben und zu den nicht zuwendungsfähigen Leistungen betragen somit		

IV. Erklärung

Ich erkläre, dass

- ich neben den beantragten und angegebenen Finanzierungsmitteln für das beschriebene Vorhaben keine anderen Mittel oder Vergünstigungen in Anspruch nehme bzw. in Anspruch genommen habe.
- mir für dasselbe Projekt aus Mitteln zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung noch keine / im Jahr**) Zuwendungen in Höhe von€**) gewährt wurden,
- mit der Durchführung des Projekts noch nicht begonnen wurde,
- ich meinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Abgaben nachgekommen bin,
- mir/uns kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist. Mir/uns ist bekannt, dass ich verpflichtet bin/wir verpflichtet sind, das unmittelbare Bevorstehen eines Insolvenzverfahrens unverzüglich mitzuteilen.
- wenn der Antragsteller ein Unternehmen ist, die beantragte Förderung den Vorgaben zu „De-minimis-Beihilfen“ unterliegt. Insofern ist mit dem Antrag die De-minimis-Erklärung beizufügen.
- ich für das beschriebene Vorhaben **)
 - vorsteuerabzugsberechtigt

- teilweise vorsteuerabzugsberechtigt zu%
- nicht vorsteuerabzugsberechtigt bin.
- bei einem Vorhaben mit beantragten zuwendungsfähigen Ausgaben über 50.000 €:
 - es werden während der Projektdurchführung voraussichtlich Einnahmen erzielt
 - es werden während der Projektdurchführung voraussichtlich keine Einnahmen erzielt

**) bitte ausfüllen bzw. streichen

Mir ist bekannt, dass

- erst nach schriftlicher Förderzusage mit dem Projekt begonnen werden darf. Als Vorhabensbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und/oder Leistungsvertrages zu werten, Bei Baumaßnahmen gelten Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck der Zuwendung..
- der Zuwendungsgeber die in den vorstehenden Ziffern enthaltenen Tatsachen als nach dem Zweck, den Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften und Richtlinien über die Zuwendungsvergabe sowie den sonstigen Zuwendungsvoraussetzungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung erheblich ansieht und deswegen auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 Subventionengesetz i.V.m. § 1 des Thüringer Subventionengesetzes als subventionserheblich i.S.d. § 264 Abs. 8 Nr. 1 StGB bezeichnet mit der Konsequenz, dass ich mich als Antragsteller und Zuwendungsempfänger wegen unrichtiger, unvollständiger oder unterlassener Angaben über diese subventionserheblichen Tatsachen wegen Subventionsbetruges nach § 264 StGB strafbar machen kann.
- ich verpflichtet bin, die Bewilligungsbehörde über die Änderung subventionserheblicher Tatsachen zu unterrichten. Vom Inhalt des § 264 StGB sowie den §§ 3 bis 5 Subventionengesetz habe ich Kenntnis genommen.
- die aus dem Antrag und Ergänzungen ersichtlichen Angaben/Daten von der bescheidenden Stelle (ALF) erfasst und an die Zahlstelle im Thüringer Landesverwaltungsamt über geschützte Netzwerke weitergeleitet werden. Die Angaben sind erforderlich, um zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Gewährung der Fördermittel vorliegen. Die Datenerhebung, -speicherung und -verarbeitung erfolgt des Weiteren in einem speziellen Datenerfassungsprogramm zum Zweck der Nachweisführung über die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel. Name und Bankverbindung werden zwecks Auszahlung an die Thüringer Staatshauptkasse weitergegeben.
- kein Rechtsanspruch auf Förderung besteht. Die Bewilligungsbehörde prüft die Förderfähigkeit nach pflichtgemäßen Ermessen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Die Hinweise über die Veröffentlichung von Förderdaten habe ich zur Kenntnis genommen.

.....
Ort, Datum

.....
Name in Druckbuchstaben und rechtsgültige Unterschrift Antragsteller

Anlagen *)

- Kostenberechnung (wenn Leistung auszuschreiben ist)
- 3 vergleichbare Angebote (bei Privaten < 50.000 Zuwendung)
- Kostenkalkulation für Verwaltung und Sensibilisierung gemäß folgender Gliederung:
 - Sachausgaben
 - Ausgaben für Sensibilisierung
 - Ausgaben für Regionalmanagement
- Dokumentation zu Vergabeverfahren freiberuflicher Leistungen (z. B. Planungen)
(nur notwendig bei Vorhaben öffentlicher Antragsteller)
(nicht notwendig, wenn die freiberufliche Leistung alleiniger Gegenstand des Vorhabens ist)
- aktuelle Bescheinigung in Steuersachen (nicht notwendig bei öffentlichen Antragstellern oder bei Beantragung auf Basis Nettokosten)
- wenn Eigenanteil am beantragten Vorhaben >10.000 €, dann Kontoauszugskopien, Sparsbuchkopien, Bankerklärungen zu Guthaben, Kopien von Sparsbüchern Dritter incl. Mittelbereitstellungserklärung des Dritten o.ä.
(nicht notwendig bei Gebietskörperschaften)
- Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde bei Gebietskörperschaften (nur wenn der Eigenanteil am Gesamtvorhaben >10.000 € ist) (rechtsaufsichtliche Würdigung)
- Nachweis der eingeplanten Leistungen Dritter
- Grundbuchauszug o.a. geeigneter Nachweis der bestehenden Eigentumsverhältnisse bzw. langfristiger Nutzungsvertrag (bei Investitionen an Gebäuden bzw. Grund und Boden)
- Lageplan
- Handelsregister-/Vereinsregisterauszug (bei juristischen Personen des privaten Rechts)
- De-minimis-Erklärung mit Anlagen (nur bei Unternehmen als Antragsteller)
- Absichtserklärung für Kooperation (letter of intent)
- Kooperationsvereinbarung (nur bei Kooperationsprojekten nach Nr. II 2 des Antrags)
- Erläuterungen zu den unbaren Eigenleistungen (nur bei Kleinprojekten)
- Sonstige

(Weitere Anlagen bitte aufführen.)

-
-
-
-

*) bitte zutreffendes Ankreuzen bzw. ausfüllen